

Reihe Medienwissen für die Praxis
Herausgegeben von Reinhard Christl

Band 6

CLEMENS HÜFFEL

ANNELIESE ROHRER

Grant auf Granden

Gefährdet Abkehr von der Politik unsere Demokratie?

Hannes **ANDROSCH**
Rudolf **BRETSCHNEIDER**
Rudolf **BURGER**
Alfred **DORFER**
Christian **FELBER**
Reinhard **HEINISCH**
Ernest **KALTENEGGER**
Andrea **KDOLSKY**
Monika **KIRCHER-KOHL**
Nikolaus **KOWALL**
Martin **KREUTNER**
Ernst **MOLDEN**
Attila Tibor **NAGY**
Heinrich **NEISSER**
Martina **PECHER**
Barbara **PRAMMER**
Peter **PURGATHOFER**
Wolfgang **RADLEGGER**
Heide **SCHMIDT**
Stephan **SCHULMEISTER**
Armin **THURNHER**
Robert **UITZ**
Peter **ULRAM**
Johannes **VOGGENHUBER**
Christof **ZERNATTO**

Die Interviews führten:

VERA BICHLER

FABIAN GRABER

ALEXANDER JAROS

KATHARINA MITTELSTAEDT

CLEMENS TRILTSCH

SAHEL ZARINFARD

GENDER-FORMULIERUNG:

Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind,
meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter.

Die Interviews in diesem Buch wurden von den Studierenden
in den Monaten November 2011 bis Februar 2012 durchgeführt.

Im Jänner 2012 gab es auch eine Straßenbefragung in Wien und in Salzburg.
Einige „Meinungen“ finden Sie in den Interviews.

COPYRIGHT: Holzhausen Verlag GmbH, Robert Lichtner
HERAUSGEBER: Reinhard Christl, Clemens Hüffel, Anneliese Rohrer
REDAKTION: Vera Bichler, Fabian Graber, Alexander Jaros,
Katharina Mittelstaedt, Clemens Triltsch, Sahel Zarinfard
GRAFISCHE GESTALTUNG: 69/4 Büro für Gestaltung, www.69-4.com
VERLAG: Holzhausen Verlag GmbH
DRUCK: AV+Astoria Druckzentrum GmbH
Printed in Austria

ISBN: 978-3-85493-195-9

Rechte: Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung sind dem Verlag vorbehalten. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlags reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Der Inhalt
Inhalt Der
Der Inhalt
Inhalt Der
Der **Inhalt** GELEITWORT
Inhalt Der EINLEITUNG
Der Inhalt INTERVIEWS
Inhalt Der SPONSOREN
Der Inhalt
Inhalt Der
Der Inhalt
Inhalt Der

- 8 DIE EINLEITUNG**
- 9 GELEITWORT**
von Reinhard Christl
- 11 EINLEITUNG**
von Clemens Hüffel und Anneliese Rohrer
- 18 DIE INTERVIEWS**
- 19 Hannes Androsch**
Interviewt von Fabian Graber
„Wenn Medien die Politik treiben, dann wackelt der Schwanz mit dem Hund“
 Den Politikern fehlt Leadership, um in einer globalisierten Welt regieren zu können.
- 26 Rudolf Bretschneider**
Interviewt von Sahel Zarinfard
„Eine politische Krise ist eine Frage der politischen Konstellation“
 Eine große Koalition benötigt mehr Zeit, Reformen durchzubringen, da sich zwei gleich starke Parteien gegenüberstehen.
- 32 Rudolf Burger**
Interviewt von Katharina Mittelstaedt
„Die Herrschaft des Volkes führt in den Terror“
 Über Demokratie und das mögliche Ende unserer Geschichte.
- 38 Alfred Dorfer**
Interviewt von Clemens Triltsch
„Das Publikum wird a priori dümmer gemacht, als es ist“
 Warum die Menschen den Politikern nichts mehr zutrauen.
- 45 Christian Felber**
Interviewt von Katharina Mittelstaedt
„Der Freihandel ist Verfassungsbruch“
 Kooperation soll das kapitalistische Konkurrenzstreben ersetzen.
- 52 Reinhard Heinisch**
Interviewt von Alexander Jaros
„Österreicher sind negativ gegen die Parteien eingestellt“
 Parteien finden bei Wählern immer weniger Unterstützung. Doch eine Zukunft der Demokratie ohne Parteien ist fraglich.
- 59 Ernest Kaltenegger**
Interviewt von Alexander Jaros
„Die Politik hat vor den Märkten kapituliert“
 Österreichs Bürger müssen sich bei Wahlen zwischen austauschbaren Parteien entscheiden.
- 66 Andrea Kdolsky**
Interviewt von Alexander Jaros
„Politikverdrossenheit als Unwort des Jahres“
 In Zeiten, die Einschnitte und Reformen erfordern, sind charismatische Politiker gefragt.
- 73 Monika Kircher-Kohl**
Interviewt von Sahel Zarinfard
„Bildung ist die Basis für die Demokratie“
 Die Aufgabe der Politik ist es, die Bildungspolitik von den Ideologien der Parteien loszulösen.
- 78 Nikolaus Kowall**
Interviewt von Clemens Triltsch
„Wenn du ein politischer Mensch bist, dann schwimmst du automatisch gegen den Strom!“
 Wie wichtig es ist, den Regeln der Politik nicht zu gehorchen.
- 85 Martin Kreutner**
Interviewt von Fabian Graber
„Was gerade noch legal ist, muss nicht legitim sein“
 Korruption ist ein moralisches Problem, das Strafrecht kann nur der letzte Ausweg sein.
- 91 Ernst Molden**
Interviewt von Katharina Mittelstaedt
„Die stählerne Faust unter dem seidenen Handschuh“
 Wie der scheinbare Wohlfühlkapitalismus die Demokratie gefährdet.

- 98 **Attila Tibor Nagy**
Interviewt von Clemens Triltsch
„Unsere Geschichte hat die politische Kultur unseres Landes beschädigt“
 Wie in unserem Nachbarland Ungarn die politische Krise ihren Lauf nimmt.
- 105 **Heinrich Neisser**
Interviewt von Vera Bichler
„Von der Zuschauer- zur Wegschauer-Demokratie“
 Früher sahen die Leute zumindest noch zu, wenn Politiker versuchten, Politik zu machen. Heute sieht das schon anders aus ...
- 112 **Martina Pecher**
Interviewt von Clemens Triltsch
„Als Politiker sollte man das Wohl anderer Menschen über das eigene stellen“
 Warum Politiker nicht wissen, was sie eigentlich leisten sollen.
- 119 **Barbara Prammer**
Interviewt von Katharina Mittelstaedt
„Demokratie braucht Zeit“
 Über das Getriebe langsam mahlender Mühlen.
- 127 **Peter Purgathofer**
Interviewt von Alexander Jaros
„Die 99 Prozent der Occupy-Bewegung sind der neue Kampfbegriff“
 Politiker müssen sich überlegen, wie sie mit jungen Menschen in Dialog treten können.
- 134 **Wolfgang Radlegger**
Interviewt von Alexander Jaros
„Faymann ist ein Wiederholungstäter“
 Abgeordnete sollen parteiunabhängiger werden und die Wähler sich nicht alles gefallen lassen.
- 140 **Heide Schmidt**
Interviewt von Sahel Zarinpard
„Eine Wahlrechtsreform steigert die Qualität des politischen Personals“
 Ein Persönlichkeitswahlrecht zwingt Politiker, mehr Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen.
- 147 **Stephan Schulmeister**
Interviewt von Clemens Triltsch
„Die Politik spricht Probleme nicht an, weil sie damit Fehler zugeben müsste“
 Wie die Wirtschaftskrise in Europa die Politikverdrossenheit antreibt.
- 154 **Armin Thurnher**
Interviewt von Sahel Zarinpard
„Wir haben lauter leidenschaftslose Politiker“
 Österreich befindet sich in einem politischen Stillstand. Nur leidenschaftliche Politiker könnten das politische System aus der Misere befreien.
- 160 **Robert Uitz**
Interviewt von Vera Bichler
„Auf gut Deutsch: Jeder Italiener bescheißt, wann immer er auch kann!“
 Alle sind nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht. Warum also den Politikern genau das zum Vorwurf machen?
- 168 **Peter Ulram**
Interviewt von Clemens Triltsch
„Alle Medien versuchen, mit dieser Politiker- und Parteienverdrossenheit zu spielen“
 Politik und Medien halten sich gegenseitig im Zaum.
- 175 **Johannes Voggenhuber**
Interviewt von Fabian Graber
„Es gibt keine österreichische Politik“
 Österreich unterschätzt sich selbst und sein politisches Potenzial in Europa.
- 182 **Christof Zernatto**
Interviewt von Katharina Mittelstaedt
„In der Politik passieren keine Wunder“
 Ein Plädoyer für den Mut und das Scheitern.
- 190 **DIE SPONSOREN**

Die Einleitung
Einleitung Die
Die Einleitung
Einleitung Die
Die **Einleitung**
Einleitung Die
Die Einleitung
Einleitung Die
Die Einleitung
Einleitung Die
Die Einleitung
Einleitung Die

REINHARD CHRISTL

CLEMENS HÜFFEL

ANNELIESE ROHRER

GELEITWORT VON REINHARD CHRISTL



Dr. Reinhard Christl studierte Betriebs- und Volkswirtschaft an der Universität Passau. Er war von 1985 bis 1990 Universitätsassistent; 1990 wurde er zum Doktor der Wirtschaftswissenschaften promoviert. Danach war er zwölf Jahre als Journalist tätig, unter anderem für WIRTSCHAFTSWOCHEN, PROFIL und FORMAT sowie sieben Jahre als Gründungs-Chefredakteur des INDUSTRIEMAGAZINS. Nebenberuflich lehrte er an mehreren Fachhochschulen. Heute leitet er das Institut für Journalismus und Medienmanagement an der Fachhochschule Wien, das er seit 2003 aufbaute und dessen erste Absolventen im Juni 2007 das Studium abgeschlossen haben. Im Juli 2008 wurde ihm die FH-Professur verliehen.

Die Politiker von heute haben kein Rückgrat, kein Format, keine Moral. Rhetorisch und intellektuell sind sie bestenfalls Durchschnitt. Und sie lügen wie gedruckt. So das Urteil der Bevölkerung über unsere Regierenden und Abgeordneten, das am Stammtisch oder in Umfragen immer offener und immer deutlicher geäußert wird.

Sind unsere Politiker wirklich so schlecht wie des Volkes Meinungen über sie? Oder haben sie es, in Zeiten der Globalisierung und des schwindenden Einflusses der nationalen Regierungen und Parlamente, einfach nur viel schwerer als ihre Vorgänger, als die im Weichzeichner der Geschichte verklärten großen Alten wie Bruno Kreisky und, ja, wer eigentlich noch? War Österreich vielleicht niemals ein Land der großen Politiker-Persönlichkeiten?

Legen wir heute zu hohe Maßstäbe an Politiker? Werden sie im Vergleich etwa zu Bankern und Managern einfach zu schlecht bezahlt, als dass sich die wirklich Besten einen 100-Stunden-die-Woche-Job antun wollen? Sind vielleicht auch die Medien nicht ganz unschuldig am katastrophalen Image der Politiker, durch die hemmungslose Skandalisierung auch vergleichsweise harmloser Unregelmäßigkeiten und Vergehen? Vergehen, die so mancher gemeiner Bürger, auch so mancher Journalist, selber ohne moralische Bedenken und ohne echtes Unrechtsbewusstsein jederzeit zu begehen bereit ist? Oder ist die wachsende Politikverdrossenheit einfach dadurch zu erklären, dass die Politik immer weniger in der Lage ist, die wahren Probleme der Gesellschaft zu erkennen und zu lösen?

Diese und andere hochinteressante Fragen haben unsere Journalismus-Studierenden 25 Menschen gestellt, die die Antworten kennen müssten: (Ex-)Politikern, Meinungsforschern, Wissenschaftlern, Vertretern der Zivilgesellschaft. Sie haben herausgearbeitet, wie das zunehmende Desinteresse an der Politik langfristig unsere Demokratie gefährdet. Und sie haben mit ihren Interviewpartnern darüber diskutiert, was in Zukunft dagegen zu tun wäre.

Gratulation an die Studierenden, sie haben, auch wenn die Antworten oft nicht einfach herauszukitzeln waren aus den Befragten, die richtigen Fragen gestellt. Und sie haben es verstanden, den Interviewten auch die eine oder andere originelle und unkonventionelle Antwort zu entlocken.

Ich danke meinen beiden Mitherausgebern Anneliese Rohrer und Clemens Hüffel, die den Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten wichtige Feinheiten der Interviewführung nahegebracht und sie im Kontakt mit nicht immer einfachen Interviewpartnern unterstützt haben. Danke auch an den Verlag Holzhausen und die zahlreichen Sponsoren, ohne deren Unterstützung dieses Buch nicht zustande gekommen wäre.

Wien, April 2012

*Reinhard Christl,
Leiter des Instituts für Journalismus und Medienmanagement
der FHWien*

EINLEITUNG

VON CLEMENS HÜFFEL



Dr. Clemens Hüffel, Sektionschef i.R., Geschäftsführer der Medien-, Kommunikations-Management GmbH, war Wissenschaftsjournalist, Pressesprecher von Wissenschaftsminister Vizekanzler Dr. Erhard Busek und von 1995 bis 2011 im Bildungs- bzw. Wissenschaftsministerium für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Er unterrichtet am Studiengang Journalismus der Fachhochschule Wien und ist als Medientrainer tätig. Er ist Autor bzw. Herausgeber zahlreicher Bücher, u.a. gemeinsam mit Anneliese Rohrer: Politik und Medien (2008), Marke Europa (2009), Qualitätsjournalismus wo(zu)? (2011); gemeinsam mit Fritz Plasser und Dietmar Ecker: Österreich international (2011) und Integration (2011), alle: Verlag Holzhausen, Wien.

Die Idee an sich war originell: Österreichische Politiker mit einem Begriff zu umschreiben, der eigentlich aus dem 13. Jahrhundert Kastiliens stammt, als Mitglieder des höchsten Adels in höchsten Funktionen, von Steuerzahlungen befreit und vor strafrechtlicher Verfolgung geschützt, als „Granden“ bezeichnet wurden. Und diese dann in Verbindung mit einem ur-österreichischen Begriff, nämlich Grant, zu bringen.

So unerst diese Kombination auf den ersten Blick erscheint, so berechtigt ist sie auf den zweiten, allerdings nicht wegen der Steuerbefreiung und dem Verfolgungsschutz, was sich vielleicht einige gerade in Zeiten der Aufklärung von Korruptionfällen wünschen würden. Dennoch: Grant ist eine „durch einen enttäuschenden Vorfall hervorgerufene ärgerliche Stimmung“, so eine der verfügbaren Definitionen. So gesehen ist der Erkundungstreifzug, den die Studenten des Studiengangs Journalismus der FHWien in diesem Band durch verschiedene Gespräche auf der Suche nach Bestätigung, Widerlegung und Ursache unternommen haben, durchaus passend und gerade jetzt berechtigt.

Mit einer einzigen Ausnahme wird diese Berechtigung des zunehmenden Ärgers über die politischen Zustände, das Verhalten von Politikern und die nicht mehr zu vertuschende Entfremdung zwischen Bürgern und Politikern in Abrede gestellt. Lediglich der Meinungsforscher Rudolf Bretschneider, Veteran unter den Beobachtern der politischen Entwicklung im Allgemeinen und jener der ÖVP im Besonderen, will von einer neuen Krise der Politik nichts wissen. Er kann den Ausdruck Politikverdrossenheit offenbar schon allein deshalb nicht mehr hören, weil er ihn seit 20 Jahren im Ohr hat, wie er sagt.

Andererseits spricht gerade Bretschneider den Grund für den gesteigerten Grant der Bürger an, wenn er meint, diese „erwarten sich zu viel von der Politik.“ Sind viele Wähler nicht aus Enttäuschung über Verhalten, Inkompetenz und Entscheidungsunlust von Politikern zornig, übel gelaunt, ungehalten – und was der Synonyme für „grantig“ noch mehr sind?



UND ANNELIESE ROHRER

Dr. Anneliese Rohrer wurde 1971 an der Universität Wien promoviert. Nach einem Studienaufenthalt in den USA hatte sie in Wien Geschichte studiert. Nach einer Lehrtätigkeit in Neuseeland war sie von 1974 bis 1986 Journalistin bei der Tageszeitung DIE PRESSE, 1987 stieg sie zur Ressortleiterin Innenpolitik auf, 2001 wechselte Rohrer in die Außenpolitik. Auch in diesem Ressort wurde sie zur Leiterin bestellt. 2003 erhielt sie den Kurt-Vorhofer-Preis für Politikjournalismus. Seit Frühjahr 2005 ist sie als freie Journalistin und am Studiengang Journalismus der Fachhochschule Wien tätig. Sie ist Herausgeberin (gemeinsam mit C. Hüffel) von Band 1 „Medienmacher (in) der Zukunft“, Band 2 „Hat öffentlich-rechtliches Fernsehen Zukunft?“, Band 3 „Politik und Medien“, Band 4 „Marke Europa“ und Band 5 „Qualität im Journalismus – wo(zu)?“ der Studienreihe Medienwissen für die Praxis des FHWien-Studiengangs Journalismus.

Gerade ein erfahrener Meinungsforscher wie Bretschneider muss aber die Befindlichkeit der österreichischen Wähler wirklich gut kennen. Und diese ist in den meisten Fällen ambivalent. Eine im Februar veröffentlichte Studie der „Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft“ (SWS) liefert einen neuerlichen Beweis dafür. Die Medien machten aus den Ergebnissen eine „Beziehungskrise“ zwischen Bürgern und Politik, versäumten aber, auf die Widersprüchlichkeit der Ergebnisse hinzuweisen. Die Vermutung liegt nahe, dass dieses Versäumnis dem sogenannten Zeitgeist zuzuschreiben ist, der nicht unbedingt für differenzierte Betrachtungen bekannt ist.

Demnach wurde das „Vertrauen in die Repräsentanten“ des politischen Systems, in Politiker also, in den Keller verbannt – dorthin wo Unzufriedenheit am größten ist. Gleichzeitig wurde in dem sogenannten „Demokratiemonitoring“ erhoben, dass das Vertrauen in die Institutionen, wie Parlament, Polizei und Gerichte (nicht zu verwechseln mit Justiz im Allgemeinen, deren Ansehen erst in den letzten Monaten einen weiteren Tiefpunkt erreicht hat), gestiegen ist.

Wie sich beides vereinbaren lässt, nämlich vermehrtes Ansehen politischer Institutionen, geprägt von just jenen Politikern, deren Image progressiv schlechter wird oder wurde, bleibt ein Geheimnis der österreichischen Wähler-Seele. Diese Ambivalenz ist ganz offensichtlich nicht Gegenstand der Analyse der Autoren. Aus dem solcherart erhobenen Grant und der Enttäuschung der Wähler über nicht eingehaltene Versprechungen und die vermeintliche Egozentrik politischer Amtsträger leitete die SWS folgende Schlüsse ab: „Das Vertrauen in die Politik ist äußerst gering.“ Als wirkliche Überraschung kann das nicht gewertet werden. Eher schon die Feststellung, dass das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber den Politikern „nicht auf den Apparat abfärbt“ und daher die Demokratie als solche nicht gefährdet sei – noch nicht.

Allein, das muss einmal erklärt werden – vielleicht von weniger ausgeprägten Optimisten als den Autoren dieser Studie: Woher stammt die Gewissheit, dass die befragten Wähler wirklich einen Unterschied zwischen politischen Institutionen und deren Trägern machen? Woher stammt die Gewissheit, dass das Missvergnügen der Wähler zwar von jenen verstärkt wird, die in den Institutionen das Sagen haben, diese selbst aber davon ausgenommen werden?

Im Dezember 2011 erreichten also Parteien auf einer Vertrauensskala von 1 bis 10 den Wert von 3,6, das Parlament aber 4,1. Wer außer den Parteien die Arbeit im Parlament bestimmen sollte, ist ein Mysterium. Ein politikfreies und somit seelenloses Gebäude am Wiener Ring als solches wird ja wohl nicht mit besonderem Vertrauen ausgestattet sein.

Noch dramatischer – und wenn man so will: unerklärlicher – sind die Ergebnisse bei der Frage nach der Verbindung von Politikern und Bürgern: Demnach bestätigten 50 Prozent uneingeschränkt die Feststellung, „dass Politiker die Verbindung zu den Bürgern“ verloren hätten; 40 Prozent stimmten dieser Aussage „etwas zu“. Macht ein Misstrauenspotenzial von 90 Prozent. Ähnliche Werte, so die Studie, gäbe es bei den Aussagen, Politiker seien nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht, würden viel versprechen und wenig halten. Ob die Bürger tatsächlich derart deutlich zwischen „Institutionen und Proponenten unterscheiden“, wie die Autoren messerscharf schließen möchten, ist eher anzuzweifeln.

Da wirken die Interviews in diesem Band der Studienreihe schon erhellender. In den meisten werden die Ursachen für die Übellaunigkeit vieler Bürger ziemlich klar und übereinstimmend identifiziert. Es liege, so der Tenor in vielen Gesprächen, an einem eklatanten Mangel an charismatischen Politikern im engeren und an beeindruckendem Führungspersonal im weiteren Sinn; an einem erschreckenden Mangel an Kompetenz; an der Unfähigkeit des politischen Personals, die wahren Probleme der Bürger zu erkennen oder sich überhaupt dafür zu interessieren; an einem unzulänglichen Wahlrecht und an den Medien. In diesem Zusammenhang sollte erwähnt werden, dass diese laut der oben erwähnten Studie ungefähr gleich großes Misstrauen genießen wie Politiker (Vertrauenswert für Parteien 3,6, für Medien 3,5).

Zwei Interviewpartner boten abweichende Erklärungen an. Wie schon erwähnt Rudolf Bretschneider, der den Ball den Wählern zuspielte. Diese seien an der gegenwärtigen Resignation und dem politischen Stillstand selbst schuld, denn Politiker seien oft aus Angst vor nachteiliger Medienberichterstattung handlungsgelähmt. Der Ökonom Stephan Schulmeister wiederum führt zusätzlich die gegenwärtige Wirtschaftskrise und die daraus resultierende Unsicherheit als Grund für Politik(er)verdrossenheit an.

Wenig überraschend werden die Medien in die Pflicht ge- und als Schuldige hergenommen. So schreibt die frühere Gesundheitsministerin der ÖVP, Andrea Kdolsky, den Medien uneingeschränkt die Schuld am wirklichen oder gefühlten politischen Stillstand zu. Aus purer Angst vor den Medien, sei die Bereitschaft von Politikern, wirkliche Änderungen und Strukturreformen in Angriff zu nehmen, suboptimal. Ins gleiche Horn stößt Meinungsforscher Peter Ulram, der Politiker aus Angst vor den Medien zur Mut- und Profillosigkeit verdammt sieht, was wiederum das Vertrauen in eben diese Politiker reduziert.

Bei dieser Argumentation gebietet die Redlichkeit und die historische Wahrheit einen Rückgriff auf die Geschichte auch unter Berücksichtigung einer völlig veränderten Medienlandschaft in Österreich: Bruno Kreisky und seine SPÖ haben in den 1970er Jahren Wahlsiege trotz der Kritik der meisten Printmedien errungen. Vor allem die absolute Mehrheit 1979 wurde unter medialem Sperrfeuer erreicht, als die Wirtschaftspolitik der SPÖ scharf verurteilt worden war. Die Kritik hatte sich zwar in der Folge als absolut berechtigt erwiesen, zum gegebenen Zeitpunkt aber keine Auswirkungen auf den Wahlerfolg und das Vertrauen der Wähler in Kreisky gehabt.

Es ist daher anzunehmen, dass Angst vor Medien auch jetzt keine Rolle spielen müsste, würden die derzeit agierenden Politiker die Stimmung in der Bevölkerung nur annähernd kennen und treffen. Eher als Einschüchterung in der medialen Berichterstattung dürfte besagte Entfremdung von Politikern und Bürgern die Ursache für den Vertrauensverlust und die Verdrossenheit sein. Die zunehmende Gehässigkeit mancher Medien stellt daher nicht mehr als eine Schutzbehauptung dar. Wer könnte Politiker und/oder Parteien daran hindern, eine Allianz mit den Bürgern einzugehen, wüssten sie nur wozu und wie.

In gewisser Hinsicht könnte man meinen, Politiker seien für viele Österreicher „The Others“, „die Anderen“, die man kaum kennt, von denen man eigentlich wenig weiß und auf die man daher all das Missvergnügen des eigenen Lebens, also die eventuell vorhandene geballte Frustration, projizieren kann. Wenige in Österreich lassen ihre Vorurteile durch zu viel Information oder zu große Einsicht in Motivation oder Entscheidungsabläufe widerlegen. Man könnte auch sagen, der Grant steigt proportional mit der Distanz zum politischen Geschehen.

In dieses Bild passt auch jener Teil der besagten SWS-Studie, der eine absolute Unlust vieler Bürger zum Engagement in einer der politischen Parteien ausweist. Die Begründungen dafür scheinen bezeichnend: Durch die Mitgliedschaft in einer Partei, geschweige denn durch aktive Beteiligung am Parteigeschehen, „könnte man auch nichts verändern“ und diese würden einem selbst „nichts bringen“. Da nimmt man laut Studie schon einmal die Schwächung der Demokratie an sich in Kauf.

Daraus lässt sich logisch die Erkenntnis ableiten, dass die gegenwärtige und allorts beklagte Entkoppelung von Politik und Zivilgesellschaft nicht in der Verantwortung der Politiker allein liegen kann. Wer über den Mangel an Persönlichkeiten in der Politik, den geringen Grad an Sachkompetenz und das Übermaß an Misstrauen ungehalten ist, sollte nicht gleichzeitig seine Berührungsangst pflegen. Wem politisches Engagement zu minder ist, sollte sich über inferiore Vertretung und inkompetenten Politikernachwuchs nicht wirklich wundern oder aufregen.

Enttäuschung und Frustration sind übrigens kein rein österreichisches Phänomen, wie Interviews aus Nachbarländern in diesem Band der Studienreihe auch zeigen. Bleibt also insgesamt die Frage nach Verbesserungs- und Lösungsmöglichkeiten.

Eine Variante wäre, der Liste der gesammelten Klagen die jeweiligen Alternativen gegenüberzustellen.

Demnach wäre das geltende Verhältniswahlrecht durch ein Mehrheitswahlrecht oder zumindest durch einen Wahlmodus mit stärkeren Persönlichkeitselementen zu ersetzen. Dies würde aber auch nur Verbesserungen bringen, würden mehr Bürger durch aktive Beteiligung, sprich Parteimitgliedschaft und -mitarbeit, die traditionelle Packelei der>Listenerstellung unterlaufen. Überdies würde dies ein wirklich ausgeklügeltes System erfordern, um die Vertretung der kleineren Gruppen zu garantieren und ihnen dadurch die Zustimmung zu der notwendigen Verfassungsbestimmung zu ermöglichen. Um die Bevölkerung in eine derartige substanzielle Veränderung einzubinden oder ihr die Verantwortung für das Scheitern einer Reform nicht zu ersparen, wäre ein solches neues Wahlgesetz einer Volksabstimmung zu unterziehen.

Für den Mangel an Persönlichkeiten gibt es ebenfalls zwei Alternativen. Erstens eben die verstärkte Mitarbeit „grantiger“ Bürger im öffentlichen Raum und in den verschlossenen Parteistuben; zweitens eine Änderung des Auslesemodus in den Parteien selbst, wie er etwa in dem Interview mit Ex-Abgeordneter Martina Pecher (ÖVP) angesprochen wird: Es müsste vor Beginn einer Karriere in der Politik ein klares Anforderungsprofil und für jede politische Funktion eine klare Stellenbeschreibung geben. Überdies müsste man in den einzelnen Parteien jungen Funktionären Zeit zur Reife, zur Kompetenz, zur Erfahrung geben und sie nicht, wie seit einigen Jahren üblich, an die vorderste Front stoßen, an der sie kaum Zeit zur weiteren Entwicklung haben.

Schließlich wäre die dritte Ursache vieler Klagen, die Ahnungslosigkeit vieler Politiker von den wirklichen Problemen der Bürger, relativ mühelos zu beseitigen. Wähler müssten sich nur daran gewöhnen, Anliegen direkt und persönlich an Politiker heranzutragen. „Viele von uns spüren die Menschen überhaupt nicht mehr“, sagte eine prominente Politikerin einmal im privaten Gespräch. Liegt es also nicht an der Bevölkerung, die sogenannten Granden Wünsche, Sorgen, Anliegen „spüren“ zu lassen? Jene Energie, die zurzeit – und in den Interviews überwiegend unbestritten – auf Zorn und schlechte Laune verwendet wird, könnte doch auch positiv eingesetzt werden.

DIE INTERVIEWER



FABIAN GRABER

VERA BICHLER



KATHARINA MITTELSTAEDT

ALEXANDER JAROS



SAHEL ZARINFARD

CLEMENS TRILTSCH



Wir, die Macherinnen und Macher dieses Buches, sind zusammengezählt 142 Jahre alt. Bei einer stolzen Größe von zehn Metern kommen wir auf ein Gesamtgewicht von 415 Kilogramm. 51 Semester lang haben wir die Uni-Bank gedrückt. Zusammen haben wir 27 Praktika in diversen Medienhäusern gemacht und dafür 11.650 Euro brutto bekommen. Daraus haben wir gelernt: Wenn sechs Jungjournalisten gemeinsam gut zwei Jahre lang arbeiten, sind sie zusammen gerechnet steuerpflichtig. Ursprünglich wollten wir daher das Buch über Brieflose finanzieren, die Mission ist aber gescheitert. Wir haben nichts gewonnen, dafür fünf Euro verloren.

In 17 Sitzungen haben wir beschlossen, 26 Interviews zu führen, wobei nur 25 Interviews den Parcours durch die Transkription und Autorisierung geschafft haben. Unsere InterviewpartnerInnen ließen sich zum Teil lange bitten. Schließlich benötigten wir alleine für die Terminvereinbarungen rund 21 Stunden. Wir stellten 550 Fragen. Davon waren wir mit 266 Antworten zufrieden. Zum Transkribieren benötigten wir 175 Stunden. Das entspricht etwa sieben Tagen. Ohne Schlaf.